

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Detlef Ehlebracht,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

Einzelplan 8.1

Betr.: Zusätzliche Stellen für Polizei finanzieren

Die Hamburger Polizei leidet seit Jahren unter chronischem Personalmangel. Dieser Zustand ist für die betroffenen Mitarbeiter untragbar und wirkt zunehmend destruktiv auf deren Belastbarkeit. Die negativen Auswirkungen auf den täglichen Dienst sind entsprechend gravierend: Nicht nur bleiben regelmäßig zahlreiche Streifenwagen unbesetzt, sondern verfügt gegenwärtig keines der 24 Polizeikommissariate über die nötigen Kräfte, um seine vorgesehene Personalstärke zu erreichen – lediglich 94,7 Prozent der Stellen waren im Oktober 2018 besetzt.¹ Die defizitären Effekte des Personalmangels treten besonders deutlich am Beispiel der Grundlast zutage. Bei einem Bedarf von 1.842,93 Stellen konnten zum 1. Oktober 2018 lediglich 1.643,85 besetzt werden, was einem Wert von 89,1 Prozent entspricht.² Während die Gewerkschaft der Polizei diese Zustände als Folge einer „dramatischen Entwicklung“ erkennt, schieben Hamburger Polizisten seit Jahren mehr als 1 Million Überstunden vor sich her, im September 2018 waren es insgesamt 1.008.659.³

Diese Situation wird sich weiter verschärfen, weil infolge des bevorstehenden Generationenwechsels in den nächsten Jahren ein Drittel der gegenwärtigen Mitarbeiter in den Ruhestand versetzt werden wird. Aus diesem Grund hatte Innensenator Grote bereits 2016 die „Einstellungsoffensive 300+“ ins Leben gerufen, mit deren Hilfe bis 2021 insgesamt 300 Nachwuchskräfte pro Jahr zusätzlich eingestellt werden sollen. Darüber hinaus wird die Schaffung zusätzlicher 200 Stellen angestrebt. Diese setzen sich etwa aus 125 Verwaltungsfunktionen zusammen, die zurzeit noch von Vollzugskollegen besetzt sind. Im Rahmen der anstehenden Pensionierungen und anderer Personalfluktuationen werden diese in den nächsten Jahren frei und anschließend von Verwaltungsmitarbeitern versehen. Die fremdgenutzten 125 Stellen indes werden im Vollzug nachbesetzt werden. Überdies besteht die Möglichkeit, 50 Angestellte im Polizeidienst dauerhaft zu beschäftigen. Die übrigen 25 Stellen sollen sich rechnerisch aus den Maßnahmen zur Stärkung des Schichtdienstes ergeben, wie zum Beispiel der Einführung von neuen Dienstzeitregelungen oder der Einführung der zweistufigen Erschwerniszulage. Insgesamt sollen bis 2022 bis zu 2.500 Beamte ausgebildet werden.⁴

Dieses Verfahren ist dringend notwendig, jedoch bleibt unklar, ob seine Maßnahmen ausreichend sind, um den sich infolge der bevorstehenden Pensionierungen abzeichnenden Engpass zu kompensieren. Berechtigte Zweifel daran ergeben sich etwa aus den Erfahrungen bei den Anwärtern im mittleren Dienst, die eine Abbruchquote von 15

¹ Confer Drs. 21/14609. Seite 4.

² Confer Drs. 21/14609. Seite 2.

³ Drs. 21/14806. Seite 2.

⁴ Confer Hamburger Polizeijournal. Nummer 4. 2017. Seiten 5 – 6.

Prozent aufweisen.⁵ Aus diesem Grund muss die Polizei mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden, um weitere Stellen zu schaffen. Diese Maßnahme ist nicht nur im Hinblick auf eine wirksame Minderung der untragbaren Arbeitsbelastung des Personals, sondern auch in Bezug auf die Gewährleistung der inneren Sicherheit in Hamburg angezeigt.

Die Bürgerschaft möge beschließen,

1. die Produktgruppe 275.13 „Vollzugsunterstützung und Ausbildung“ mit zusätzlichen Mitteln auszustatten, um damit die Schaffung von weiteren 100 Stellen zu finanzieren.
2. den dafür notwendigen Betrag in Höhe von 10 Millionen Euro aus der Produktgruppe 269.04 „Zentrale Produktgruppe Verkehr und Straßenwesen“ bereitzustellen, in welcher unter Investitionen des Aufgabenbereichs 269 (öffentliche Straßeninfrastruktur) noch Mittel für Busbeschleunigungsprogramme versteckt sind.

⁵ Confer „Personalnot: Hunderte Streifenwagen bleiben unbesetzt“. „Hamburger Abendblatt“. 21.03.2018.